

WÜRZBURGER ERKLÄRUNG

„Gesundheit möglich machen – Prävention stärken!“

Die Kompetenzen aktiver Kommunen

Engagierte Städte, Gemeinden und Regionen verfolgen eine lebensnahe Politik der Daseinsvorsorge und der Daseinsqualität. Im Gesunde Städte-Netzwerk verbundene Kommunen

- sind aktive und aktivierende Schlüsselakteure im Gesundheitssektor und darüber hinaus (Bildungssektor, Jugendsektor, Wirtschaftssektor incl. Wirtschaftsförderung, Wohnungssektor, Stadtentwicklungsplanung, Städtebauförderung, Sozialbereiche, Sport etc.)
- leisten Netzwerkarbeit durch Einbindung verschiedener Ämter bzw. Fachbereiche und ihrer fachlichen Partner
- schließen nach dem Grundsatz der Subsidiarität mit den „Versorgern“ vor Ort Leistungsvereinbarungen, übernehmen eine strategische Kommunikations- und Regiefunktion und wirken der Segmentierung in der örtlichen Gemeinschaft entgegen
- erzielen eine hohe Akzeptanz in der öffentlichen und politischen Sphäre (durch kommunalpolitische Fachausschüsse der Jugendhilfe, Familie, Gesundheit, Soziales, Bildung, Stadtentwicklung u.a.)
- schaffen Synergien und Gemeinschaftslösungen über örtliche Konferenzen, Tagungen, Werkstätten und Aktionen
- kennen die Zugänge in die Stadtteile und Quartiere, zu den Einrichtungen und Familien wie keine andere Institution
- haben eine fachliche Nähe zu besonderen Zielgruppen (z.B. junge Menschen mit Handicaps, psychisch erkrankte Menschen) bei Betreuung, Beratung und Begleitung
- erheben, bearbeiten und bewerten statistische Daten zum Zusammenhang von gesundheitlichen und sozialen Lebenslagen (Gesundheitsatlas, Gemeindedemografie, Migrationsleitbild, Inklusion, Fachplanungen, integrierte Berichte)
- sind erfahren in der Entwicklung, Durchführung und Auswertung von Maßnahmen (hilfreich bei der Auswahl der "richtigen" Projekte auch vor dem Hintergrund der Berücksichtigung örtlicher Besonderheiten und kommunaler Gesundheitsstrategie)
- orientieren sich sehr stark bürgerschaftlich, wertschätzen und beteiligen Selbsthilfen, Initiativen und bürgerschaftliche Engagements im Sinne demokratischer Teilhabe und gelebter Partizipation
- unterstützen generationenübergreifendes Handeln und verfügen über ein hohes Maß an Verlässlichkeit, Kontinuität und struktureller Stabilität
- stehen untereinander im regelmäßigen Austausch und können auf diese Weise Beispiele „bester Praxis“ zügig und lokal basiert umsetzen
- bilden den Anker und die Verknüpfungsfläche zu den überregionalen Stellen der Fachpolitik und Verwaltung, Öffentlichkeit und Gesellschaft.

Diese Kompetenzen müssen gestärkt und erhalten werden. Nur dann wird auch eine dauerhafte Sicherung gesundheitsfördernder Prozesse vor Ort und die Etablierung einer verbindlicheren Zusammenarbeit von Kommunen, Ländern und Bund möglich sein.

Um Gesundheit für alle von allen Seiten aus möglich zu machen und in kooperativen Strukturen wie regionalen Bündelungen nachhaltig zu sichern, sind zielführende Rahmenbedingungen durch Bundes- oder auch Landesgesetzgebung zwingend erforderlich.

Dabei versteht sich das Gesunde Städte-Netzwerk als kompetenter Prozessbegleiter zu allen Fragen rund um die „Gesunde Kommune“. Die Gesunden Städte arbeiten eng mit den kommunalen Spitzenverbänden zusammen. Sie stehen hinter den Bund-/Länder-Programmen der Städtebauförderung und Stadterneuerung, sind Mitglied im Kooperationsverbund „Gesundheitliche Chancengleichheit“, wirken bei gesundheitsziele.de und der Bundesvereinigung für Prävention und Gesundheitsförderung an der Entwicklung von Gesundheitszielen mit und sind verlässliche Partner für Krankenkassen und relevante Gesundheitsakteure; denn **Prävention und Gesundheitsförderung sind Voraussetzungen und Grundlage einer stabilen Gesellschaft.**

Gesundheitliche Chancengerechtigkeit schaffen und ihre Nachhaltigkeit insbesondere für sozial Benachteiligte zu gewährleisten, ist erste Maxime der „Gesunden Städte“. Das Gesunde Städte Netzwerk setzt sich im Sinne der Ottawa-Charta der Weltgesundheitsorganisation (WHO) für deren Beachtung und Umsetzung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe ein.

Kommunen sind dafür die entscheidenden, lebensweltnahen Partner. Gesundheitspolitik gilt auf kommunaler Ebene leider vielfach noch als „Randbereich“ in der örtlichen Gesellschaft, Verwaltung und Politik. Gerade in Zeiten wachsender sozialer und gesundheitlicher Probleme und Herausforderungen, die insbesondere Kommunen zu spüren bekommen, bedarf es der Stärkung lokaler Gemeinschaften. Die Länder haben mit Landesgesundheitsgesetzen in den zurückliegenden Jahren den Kommunen Hilfen zum Aus- und Aufbau eines modernen öffentlichen Gesundheitsdienstes gegeben. Der Trend zeigt derzeit aber in Richtung Abbau kommunaler Dienstleistungen. Die Finanzkrise reduziert den örtlichen Handlungsspielraum teilweise bis zu einem Punkt, wo nicht nur Selbstverwaltungsaufgaben zurückgefahren werden, sondern auch die von Bund und Land geregelte Pflichtaufgaben in Gefahr geraten, nicht zuletzt im öffentlichen Gesundheitsbereich.

Im Rahmen des Symposiums „**Gesundheit möglich machen**“ hat das Gesunde Städte-Netzwerk diese Situation intensiv mit Expertinnen und Experten aus allen Ebenen und Sektoren der Gesundheitsversorgung diskutiert. Hinter den Begrifflichkeiten wie Gesunde und soziale Stadt, Gesundheit im Quartier, Gesundheitliche Chancengerechtigkeit, Gesundheit und Umwelt, gesundheitsförderliche Stadtentwicklungsplanung, Gesundheitswirtschaft u. a. stehen Aufgaben, die in Kommunen, insbesondere vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung, eine steigende Bedeutung erlangen (weniger Geburten, Zunahme der älteren und pflegebedürftigen Bevölkerung, Fehlen von Pflegekräften). Etliche Städte haben für sich noch nicht erkannt, wie viele Chancen im Themenspektrum der Gesundheit und Gesundheitsförderung stecken und als maßgeblicher Standortfaktor gelten können. Die Teilnehmer appellieren daher voller Überzeugung an die auf kommunaler Ebene Verantwortlichen in Verwaltung und Politik, das Thema Gesundheit und Gesundheitsförderung als Querschnittsaufgabe zu stärken und in den Fokus kommunaler Handlungsstrategien zu nehmen. Dabei können sie auf eine Menge fachlicher Kernkompetenzen zurückgreifen, die die Kommunen allgemein vorhalten, und zugleich weitere Partner gewinnen, die auf das Signal der Kommune setzen. **Gesundheit für alle gehört in den Grundkanon kommunalen Selbstverständnisses.**